



HESSISCHER LANDTAG

24. 04. 2025

GFA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hilfen für das Frankfurter Bahnhofsviertel — Taten statt Worte

Ministerpräsident Boris Rhein hat in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) vom 9. März 2025 Pläne der Landesregierung für das Frankfurter Bahnhofsviertel vorgestellt. Er führt zurecht aus, dass die Stadt Frankfurt die Drogenproblematik weder alleine lösen noch bewältigen kann und kündigt an, dass das Land die Stadt stärker unterstützen wird. Er fordert „neue Ansätze und ein konsequentes Vorgehen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ und stellt einen Sieben-Punkte-Plan der Landesregierung vor. Dabei stehen verschiedene, recht konkrete innen- und sicherheitspolitische Maßnahmen wie eine Intensivierung von Kontrollen, härtere Strafen und mehr Videoüberwachung im Vordergrund. Hinsichtlich der sozial-, integrations- und gesundheitspolitischen Vorschläge zur Verbesserung der Versorgung von Hilfsbedürftigen zeugt der Vorstoß des Ministerpräsidenten hingegen von mangelnder Kenntnis und fehlender Präzision. Während Boris Rhein der Stadt Frankfurt hier Unterstützung zusagt, kürzt Sozialministerin Hofmann gleichzeitig in Millionenhöhe bei der Gemeinwesenarbeit und Gesundheitsministerin Stolz hat auf Nachfrage noch im November und Januar wiederholt weitere Hilfen für den Ausbau der Sucht- und Drogenhilfe abgelehnt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Gesundheits- und Familienpolitischen Ausschuss (GFA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie und in welcher Form wurde die Stadt Frankfurt bei der Erstellung des Sieben-Punkte-Plans der Landesregierung für das Frankfurter Bahnhofsviertel einbezogen und welche Personen waren hier seitens des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt involviert?
2. In welcher Form wurde bei der Erstellung des Sieben-Punkte-Plans auch die Gesundheitsdezernentin der Stadt Frankfurt einbezogen?
3. Welche Fördermittel des Landes für Drogen- oder Gesundheitseinrichtungen im Bahnhofsviertel in welcher Höhe erhielt die Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2024 und in welcher Höhe wird diese Förderung im Jahr 2025 fortgesetzt?
4. Wie viele zusätzliche Mittel stellt die Landesregierung für die Umsetzung der im Sieben-Punkte-Plan für das Frankfurter Bahnhofsviertel beschriebenen Maßnahmen zur Verfügung?
5. Ist der Landesregierung bekannt, dass es ein Koordinierungsgremium, wie es in Punkt 1 des Sieben-Punkte-Plans angekündigt wird, bereits gibt?
6. Ist der Landesregierung bekannt, dass es sogar ein Koordinierungsbüro im Bahnhofsviertel gibt?
7. Wenn Ja: Was genau soll der „neue Ansatz“ zusätzlich ganzheitlich anders machen?
8. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, damit auch — wie es im Gastbeitrag heißt — „andere Städte (...) Verantwortung für ihre Abhängigen übernehmen“?
9. Welche Städte sind konkret gemeint, die laut Boris Rhein „Verantwortung für ihre Abhängigen“ übernehmen müssen?
10. Ist die Landesregierung bereit, ein Drogenhilfegesetz zu erstellen, welches die Gemeinden im Sinne des Konnexitätsprinzips dazu verpflichtet, ein auskömmliches Angebot an Not-, Sucht- und Drogenhilfe sowie an Drogenkonsumräumen vorzuhalten?

11. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung den Ausbau der Suchthilfe, also eine umfassende medizinische und psychosoziale Betreuung von Suchterkrankten in Hessen vorantreiben?
12. Wie und in welcher Form findet die drogen- bzw. gesundheitspolitische und innenpolitische Vernetzung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt statt?
13. Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Landesregierung, die in Punkt 4 des Sieben-Punkte-Plans angesprochene Verbesserung der Versorgung von Hilfsbedürftigen im Rahmen des Hessischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes anzugehen?
14. Wie genau gedenkt die Landesregierung, die sozialpsychiatrischen Dienste stärker in die Versorgung von Hilfsbedürftigen einzubinden?
15. Verfolgt die Landesregierung — wie in Punkt 4 angedeutet — das Ziel, Schwerst-Suchtkranke durch die Anordnung einer Einweisung gegen ihren Willen in geschlossenen Psychiatrien dauerhaft unterzubringen?
16. Nach welchen Kriterien sollen Suchtkranke gegen ihren Willen in eine Psychiatrie eingewiesen werden?
17. Welche Erfolgsaussicht hat aus Sicht der Landesregierung eine Therapie, die gegen den Willen der Suchtkranken erfolgt?
18. Bestehen hierzu bereits Kooperationen mit Richterinnen und Richtern, um sicherzustellen, dass jede dieser Unterbringungsmaßnahmen unverzüglich — spätestens nach Ablauf von 24 Stunden durch eine Richterin bzw. einen Richter — überprüft werden kann?
19. Wie will die Landesregierung dafür sorgen, dass die vier Frankfurter psychiatrischen Kliniken über ausreichend Kapazitäten verfügen, um überhaupt schwerwiegend Suchtkranke aufnehmen zu können?
20. Welche Kapazitäten stehen den vier Frankfurter Psychiatrien aktuell zur Verfügung, um — wie es die Landesregierung vorschlägt — weitere Schwerstsuchtkranke aufzunehmen?
21. Wie will die Landesregierung die bereits jetzt vorhandenen langen Wartezeiten auf einen Platz in einer psychiatrischen Einrichtung verkürzen?
22. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass auch nach Entlassung aus einer psychiatrischen Klinik die notwendige psychologische Nachsorge und Therapie gewährleistet werden kann?
23. Wie genau will die Landesregierung das Frankfurter Bahnhofsviertel — wie von Boris Rhein im Gastbeitrag angekündigt — für suchtkranke Menschen schließen?
24. Wie und wohin soll die in Punkt 5 des Sieben-Punkte-Plans avisierte Verlagerung von Beratung, Betreuung und Behandlung erfolgen?
25. Wird die Landesregierung ihren Zuschuss über die Haushaltsansätze des Haushalts 2025 hinaus erhöhen, um im Bahnhofsviertel weitere Angebote der Sucht- und Drogenhilfe schaffen bzw. den Ausbau vorhandener ermöglichen zu können?
26. Wenn Ja: In welcher Höhe?
27. Wenn Nein: Wie will die Landesregierung dann das von Boris Rhein im Gastbeitrag geforderte Mehr an Hilfsangeboten für suchterkrankte Menschen realisieren?
28. Was genau unternimmt die Gesundheitsministerin, um die Stadt Frankfurt im Umgang mit der Situation im Bahnhofsviertel zu unterstützen?
29. Wie viele Gespräche hat die Gesundheitsministerin bereits mit der Sozial- und Gesundheitsdezernentin der Stadt Frankfurt zur Verbesserung der Situation im Bahnhofsviertel seit ihrer Amtseinführung geführt und wann fanden diese Gespräche statt?
30. Was genau plant die Landesregierung — über die Problemanalyse hinaus — konkret zu tun, um mehr Hilfen für Wohnsitzlose zu schaffen, wie in Punkt 6 des Sieben-Punkte-Plans angekündigt?

31. Welche Weiterentwicklung bestehender Hilfen für Betroffene schweben der Landesregierung hier vor?
32. Wie genau und mit welchen Mitteln will die Landesregierung den Housing-First-Ansatz weiterverfolgen?
Was ist hier genau gemeint?
33. Wie soll die in Punkt 7 des Sieben-Punkte-Plans angekündigte Stärkung der sozialen und integrationspolitischen Quartiersarbeit im Frankfurter Bahnhofsviertel konkret erfolgen?
34. Wird die Landesregierung Mittel bereitstellen, um ein Projekt Gemeinwesenarbeit im Bahnhofsviertel zu initiieren und wenn Ja: In welcher Höhe?
35. Wie ist der aktuelle Stand zur Ermöglichung von Drug-Checking in Hessen, insbesondere in Einrichtungen des Bahnhofsviertels, um die gesundheitsgefährdenden Verunreinigung der Drogen zu überprüfen?
36. Wie weit ist die Landesregierung in der Erarbeitung einer Drug-Checking-Rechtsverordnung?
37. Wann rechnet die Landesregierung mit dem Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung?
38. Wer soll nach Auffassung der Landesregierung die Zielgruppe des Drug-Checkings sein?
39. Wie plant die Landesregierung, die gem. § 10b Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 BtMG vorgesehene Gewährleistung einer Aufklärung und Beratung zum Zweck der gesundheitlichen Risikominderung beim Konsum im Rahmen der Drug-Checking-Verordnung festzulegen?

Wiesbaden, 24. April 2025

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke